

SCHWEINEPEST

Jagd auf die Schuldigen



Ob einfaches Gitter oder Hochsicherheitstrakt - vor der Schweinepest gibt es keinen absoluten Schutz. (Foto: Christian Mosar)

Tausende von Hausschweinen werden gekeult. Da muss es doch auch erlaubt sein, den Hauptschuldigen, das Wildschwein, zu schießen, so die Jagdbefürworter. Doch ob's was hilft? Die Ursachen der Misere liegen mit Sicherheit anderswo.

"Für uns ist klar und deutlich: Die Schweinepest ist auf die Wildschweine zurückzuführen. Deshalb begrüßen wir auch die Öffnung der Jagd - diese Entscheidung war notwendig und mutig." Für Camille Weiler von der CSV, der bei der Aktuellen Stunde am vergangenen Mittwoch im Parlament als erster das Wort hatte, ist die Sache einfach. Camille Gira (Déi Gréng) sah es genau anders herum: "Die Pest geht immer von den Hausschweinen aus." Er stützt sich bei dieser Ansicht auf ein im Auftrag seiner Partei erstelltes Gutachten eines Göttinger Wildbiologen. Dagegen wiederum brachte Landwirtschaftsminister Fernand Boden harte Fakten vor: Das Virus sei vom Typ "Rostock-2-3", das gleiche, das im Raum Bitburg-Prüm grassiert, und tauche verstärkt auch bei Wildschweinen in Luxemburg auf. Ebenso unbestreitbar ist allerdings,

dass nach dem ersten Fall in Colbette die weiteren Ansteckungen zu einem guten Teil zwischen Hausschweinen zustande gekommen sind.

Wer war zuerst infiziert, das Haus- oder das Wildschwein? Einerseits geht selbstverständlich eine Gefahr von infizierten Wildschweinpopulationen aus. Andererseits wird die Verschleppung des Virus schnell und über weite Distanzen eindeutig durch die Massenhaltung und die europaweiten Transporte von Hausschweinen ermöglicht. "Nicht der einzelne Bauer ist schuld", betonte Camille Gira bei seinen Ausführungen, "sondern das Funktionieren unserer Landwirtschaft." Er warf die Frage auf, inwiefern diese vielen Transporte notwendig seien. Dass mitten im Naturpark Obersauer in einer Ortschaft 10.000 Schweine konzentriert seien, zeige, wie weit Luxemburg vom Ideal einer extensiven Landwirtschaft entfernt sei, das doch immer wieder bejaht werde.

Kranke Landwirtschaft

Der Landwirtschaftsminister bestätigte diese Sicht der Dinge indirekt, als er auf die Schwierigkeiten bei der Rückverfolgung des Infektions-Ursprungs sprach: "Heute gibt es ja so viele Bewegungen". Doch er nimmt die Rentabilitäts-Logik der industriellen Landwirtschaft als gegeben hin. So erläuterte er, die Entlassung von infizierten Schweinen aus der Quarantäne-Station sei kein Fehler gewesen, sondern Pech: "Wir können doch nicht jedes Mal den Handel blockieren, bis die Analysen und die Rückverfolgung abgeschlossen sind." Klar, dass in dieser Logik die Wildschweine als alleinige Ursache dastehen.

Neben der Frage nach den Ursachen stellt sich die nach den Gegenmaßnahmen. Seit 1999 gab es in Luxemburg den Verdacht auf Wildschweinpest. Unumstritten ist, dass hohe Wilddichten, wie in Luxemburg, den Ausbruch wahrscheinlicher machen. Ende Oktober 2001 tauchte das erste befallene Tier auf. Daraufhin verschickte die Forstverwaltung ein Rundschreiben an alle Jagdpächter, das neben hygienischen Maßnahmen auch jagdliche Empfehlungen enthielt: Vor allem sollten massiv Jungtiere erlegt werden, doch ohne die Rotten durch den Einsatz weit jagender Hunde zu versprengen und das Virus zu verbreiten. Weder Treibjagden noch das Füttern wurden damals verboten. Auch gab es keine Informationsveranstaltungen oder Kontrollen, darüber ob genügend und richtig gejagt würde.

"In meiner Behörde habe ich gerade einmal zwei Personen, die sich um die Jagd kümmern. Und die sind überbeschäftigt", erklärt der Direktor der Forstverwaltung Jean-Jacques Erasmey gegenüber der woxx. Der Staat könne nicht alle Details regeln, schließlich seien Jäger erwachsene Leute. Die Rechtfertigung der von seiner Behörde initiierten, umstrittenen Treibjagd Ende Januar im Bambësch - die Reduzierung der Wilddichte -

erscheint im Nachhinein als glaubwürdig. Bedenken gegenüber der Methode bleiben: Bei einer Treibjagd können infizierte Tiere in fremde Reviere versprengt werden.

Als Dringlichkeitsmaßnahme hat Umweltminister Charles Goerens angekündigt, die Jagd auf Wildschweine in jeder Form und ohne Gewichtsbeschränkung über den 1. März hinaus zu erlauben. Camille Weiler bemängelte, Charles Goerens habe Zweifel an seiner Entschlossenheit erkennen lassen, den Bestand deutlich zu reduzieren. Camille Gira schloss sich an: "Der Minister hätte hinzufügen können: Auch wenn's nichts hilft, wir haben etwas getan. Und damit hätte er recht gehabt."

Wahnwitzige Wilddichte

In der Tat stehen den grimmigen Forderungen der meisten PolitikerInnen, den Wildschweinen zu Leibe zu rücken, die Skepsis der Experten gegenüber. Der Forstverwaltungsdirektor drückt immerhin die Hoffnung aus, dass die Jäger sich an die Empfehlungen halten würden. Roger Schauls vom Mouvement Ecologique sieht darin nichts als eine "Goodwill-Geste" der Jäger an die Adresse der Landwirte. "Nein, den Bestand kurzfristig verringern, das ist nicht drin", meint auch der Präsident der Jägerföderation Camille Studer.

Und längerfristig? Woher kommt die hohe Wilddichte?

Die Jäger würden die Tiere zu viel füttern, ja, mästen, behaupten die Landwirte. Bei der Chamber-Debatte schlossen sich die meisten RednerInnen dieser Sicht der Dinge an. Camille Studer sieht das anders: "Gefüttert wird, um die Wildschäden zu vermeiden. Hohe Dichten gibt es überall in Europa. Das liegt an der Veränderung der Lebensräume durch den Maisanbau." Doch die Grünen haben ein gesetzliches Fütterungsverbot in ihre Vorschläge für ein neues Jagdgesetz aufgenommen, und der Druck der Agrarlobby könnte eine Mehrheit hierfür zu Stande bringen. Camille Studer glaubt nicht daran: "Das würde ein Fiasco für die Landwirtschaft." So wieso habe das Verhalten der Jäger nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die Wilddichte.

Als letzte Lösung wurde in der Chamber von mehreren Rednern die Möglichkeit der Impfung zur Sprache gebracht. Doch Fernand Boden winkte ab: "Das brächte einen jahrelang andauernden Exportstopp seitens der EU mit sich." So undenkbar ist die Lösung trotzdem nicht. "Wo ist das Problem?", fragt Roger Schauls, "schließlich ist Luxemburg beim Schweinefleisch ein Importland." Doch in Zeiten der industrialisierten und globalisierten Landwirtschaft hat der gesunde Menschenverstand nichts mehr zu melden.

Raymond Klein

Differdingen: Endlich geht's los

Lange mussten die Differdinger BürgerInnen auf den Amtsantritt des neuen Schöffenrats warten - immerhin hatten sich DP, CSV und Grüne bereits am 11. Dezember vorigen Jahres auf den Sturz des LSAP-DP-Schöffenrats und ein Koalitionspapier geeinigt. Dieses wurde erst bei der Gemeinderatssitzung am vergangenen Montag öffentlich gemacht. Schwerpunkte liegen auf der Bürgernähe, der Steigerung der Lebensqualität und der Sanierung der Gemeindefinanzen, alles Punkte, die sich in den Wahlprogrammen der drei Parteien wiederfinden. Die LSAP kritisiert weiterhin vehement, wie sie als stärkste Partei abgesägt wurde. In einem Leserbrief warf Nadine Ewerling den Grünen vor, die BürgerInnen hereingelegt zu haben. Doch der Pragmatismus, mit dem die Grünen in die Rechtskoalition eingestiegen sind, scheint sich gelohnt zu haben: Ihre Handschrift ist im Koalitionspapier deutlich erkennbar - die Bereiche Nachhaltigkeit und aktive Sozialpolitik sind omnipräsent. Allgemein lässt sich aber fragen, ob der Atem der Koalition ausreichen wird, alle guten Absichten umzusetzen. Die ersten Herausforderungen kündigen sich an: Knappe Finanzen, Erhöhung der Gemeindetaxen sowie die Neuansiedlung der Filterstaub-Entsorgungsanlage Primus auf dem Profil-Arbed-Gelände.

Konsens für Regenwassernutzung

Staatliche Beihilfen für Regenwassernutzungsanlagen gibt es seit letztem Jahr nicht mehr. Diese Entscheidung des für die Wasserwirtschaft zuständigen Innenministers Michel Wolter war heftig kritisiert worden. Nachdem sich in der parlamentarischen Umweltkommission herausgestellt hatte, dass eigentlich alle Parteien eine Wiedereinführung befürworteten, brachte der grüne Abgeordnete Camille Gira am vergangenen Mittwoch eine entsprechende Motion ein. "Es ehrt die Majorität und den Innenminister, dass sie bereit sind, diese Entscheidung rückgängig zu machen", so der Abgeordnete. Von ihm und seinen Nachrednern aus allen Parteien wurden die Hauptargumente dafür noch einmal angeführt: Der Symbolwert angesichts der weltweiten Wasserknappheit, die pädagogische Funktion des Wassersparens, die Notwendigkeit des Sparens im Hinblick auf massives Bevölkerungswachstum ... Nur Robert Mehlen (ADR) fand das Ganze "nicht schrecklich sinnvoll", stimmte aber trotzdem dafür. Michel Wolter erklärte, er könne mit der Wiedereinführung leben, trotz aller Zweifel. Vor allem müsse das System der Wassertaxen, die derzeit den Verbrauch am Wasserhahn und nicht am Abfluss messen, reformiert werden. Die Motion wurde bei drei Enthaltungen angenommen.

Steve Karier rectifie

Dans son dernier numéro le woxx voulait expliquer la fermeture de la Kulturfabrik, entre autres par le fait que l'ancien directeur, Steve Karier, avait autorisé un concert dans le bistrot du centre culturel, concert s'avérant bien trop bruyant et entraînant donc une plainte du voisinage. (cf. aussi commentaire page 1) Suite à quoi Steve Karier nous a précisé: "Je n'ai jamais donné d'autorisation pour un concert à la brasserie de la Kulturfabrik. Au contraire, le lendemain d'une manifestation privée avec DJ au bistrot, dont le bruit avait suscité des plaintes (justifiées) de la part d'habitants des alentours, j'ai formellement interdit toute manifestation de ce genre au gérant du bistrot. (En termes exacts, j'ai interdit toute activité générant un bruit dépassant ce qui est tolérable dans le cadre du fonctionnement normal d'un service de brasserie en raison du manque d'insonorisation du bistrot.)" De plus: "Non seulement je n'ai pas commis 'd'imprudence' à ce niveau sensible, mais j'ai essayé de dialoguer avec les riverains concernés et j'ai concerté la police locale afin d'établir les limites de la responsabilité de la Kulturfabrik au niveau des problèmes cités."

